

Beteiligentransparenzdokumentation

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 6/7401)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 16. Dezember 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der Aufbau von LOTTO Thüringen ist derzeit getrennt nach Veranstaltung und Durchführung der öffentlichen Glücksspiele organisiert. Die Aufgabe des Veranstalters wird durch den Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung, die Durchführung der öffentlichen Glücksspiele durch die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen wahrgenommen.

Aufgrund der Aufspaltung der Aufgaben kommt es im Rahmen der notwendigen Abstimmungsprozesse von Veranstalter und Durchführer zu erheblichen Redundanzen, wodurch insbesondere Entscheidungsfindungen erheblich erschwert werden. Es kommt dabei zu Dopplungen, zu langen Entscheidungswegen und verlangsamten Reaktionszeiten. Hinsichtlich dieser Organisationsgestaltung besteht im Hinblick auf die Belange der Datenschutz-Grundverordnung und des Thüringer Datenschutzgesetzes ein erheblicher Dokumentationsaufwand. Durch neuerliche Entwicklungen im Bereich der Bewertung einer umsatzsteuerlichen Organschaft besteht ein zusätzlicher Dokumentations- und Organisationsaufwand.

B. Lösung

Durch die Errichtung der Thüringer Staatslotterie als Anstalt des öffentlichen Rechts werden Veranstalter- und Durchführeraufgabe zusammengeführt. Die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und der Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung werden in der Thüringer Staatslotterie vereint. Damit wird weiter sichergestellt, dass die Aufgabe durch eine staatliche Verwaltung ausgeführt wird.

Die Thüringer Staatslotterie wäre, wie bisher die Thüringer Lotterieverwaltung auch, von der Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer befreit. Der durch neue Rechtslagen und Gesetze oben genannte zusätzliche und erhebliche Dokumentationsaufwand bei Beibehaltung der Trennung zwischen der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und dem Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung würde entfallen. Die bisherigen Dopplungen in der Verwaltungsstruktur würden aufgehoben und die notwendigen Abstimmungsprozesse reduziert. Die Zuführung der Überschüsse aus den öffentlichen Glücksspielen an den

Landeshaushalt ist durch die Einführung einer Konzessionsabgabe sichergestellt und wird im Grunde fortgeführt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten. Da auch künftig über die Konzessionsabgabe die Zuführung der Überschüsse aus den öffentlichen Glücksspielen an den Landeshaushalt vorgesehen ist, kommt es auch nicht zu Mindereinnahmen.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Glücksspielgesetz vom 18. Dezember 2007 (GVBl. S. 243), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 140), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird folgender § 1 a eingefügt:

"§ 1 a**Errichtung der Thüringer Staatslotterie**

(1) Die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und der Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung werden mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts "Thüringer Staatslotterie" in Trägerschaft des Landes mit Sitz in Suhl fortgeführt. Das Vermögen und die Verbindlichkeiten der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und des Landesbetriebes Thüringer Lotterieverwaltung, jeweils nach der zum 31. Dezember 2019 erstellten Schlussbilanz, gehen mit allen Rechten und Pflichten sowie unter Auflösung der bisherigen Rechtsformen unentgeltlich auf die Thüringer Staatslotterie über.

(2) Die privatrechtlichen Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse der bei der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und dem Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung tätigen Arbeitnehmer sowie Auszubildenden gehen auf die Thüringer Staatslotterie über. Die Thüringer Staatslotterie tritt in sämtliche Arbeitgeberrechte und -pflichten aus den übergegangenen Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen ein.

(3) Geschäfte und Verhandlungen, einschließlich erforderlicher Eintragungen und Berichtigungen in öffentlichen Büchern und Registern, die durch den Übergang des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Absatz 1 veranlasst sind, sind von Abgaben und Gebühren des Landes sowie der seiner Aufsicht unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts befreit. Gleiches gilt für Steuern, für die dem Land das Recht zur Gesetzgebung zusteht. Die Thüringer Staatslotterie ist von der Zahlung von Verwaltungsgebühren befreit.

(4) Organe der Thüringer Staatslotterie sind die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat. Geschäftsführer und Mitglieder des Verwaltungsrats werden durch das für Finanzen zuständige Ministerium für einen Zeitraum von längstens fünf Jahren bestellt. Eine Wiederbestellung ist zulässig.

(5) Die Geschäftsführung vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Ihr obliegt die Leitung der Anstalt und die Einstellung und Entlassung des Personals. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, ist jeder zur alleinigen Vertretung der Anstalt berechtigt. Mehrere Mitglieder der Geschäftsführung vertreten sich gegenseitig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, bestimmt der Verwaltungsrat über seine Vertretung im Verhinde-

rungsfall. Die Geschäftsführung hat den Verwaltungsrat über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu unterrichten.

(6) Der Verwaltungsrat besteht aus bis zu fünf Mitgliedern. Eines der Mitglieder ist durch das für Finanzen zuständige Ministerium zum Vorsitzenden zu bestellen, ein weiteres zum stellvertretenden Vorsitzenden. Der Verwaltungsrat entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Zur Wirksamkeit von Beschlüssen ist es erforderlich, dass mindestens drei Mitglieder des Verwaltungsrates abgestimmt haben. In dringenden Angelegenheiten, die keinen Zeitaufschub zulassen, kann der Vorsitzende ausnahmsweise an Stelle des Verwaltungsrates entscheiden.

(7) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und beschließt über grundsätzliche Angelegenheiten der Anstalt. Er ist befugt, der Geschäftsführung Handlungsanweisungen zu erteilen. Jedes Mitglied des Verwaltungsrats hat das Recht, sich über Angelegenheiten der Anstalt zu informieren oder von der Geschäftsführung berichten zu lassen. Auf Verlangen des Verwaltungsrats hat die Geschäftsführung an Sitzungen des Verwaltungsrats teilzunehmen. Die Geschäftsführung kann verlangen, vor Entscheidungen des Verwaltungsrats gehört zu werden.

(8) Die Geschäftsführung bedarf stets der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats in folgenden Angelegenheiten:

1. Aufstellung von Grundsätzen für Verträge mit den Annahmestellen,
2. Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
3. Erwerb oder Veräußerung von Beteiligungen,
4. Einleitung von besonders bedeutsamen Rechtsstreitigkeiten und Einlegung von Rechtsmitteln in solchen Fällen,
5. Abschluss besonders bedeutsamer Verträge, und solcher, die über ein in der Satzung festgelegtes Finanzvolumen hinausgehen.

(9) Die Anstalt gibt sich eine Satzung, in der insbesondere ergänzende Bestimmungen zu Aufbau und innerer Organisation, Rechten und Pflichten der Organe, sowie Anforderungen an das Rechnungswesen und die Wirtschafts- und Finanzplanung getroffen werden. Die Satzung erlässt der Verwaltungsrat mit Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums. Satzungsänderungen bedürfen ebenfalls der Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums.

(10) Die Aufsicht über die Anstalt 'Thüringer Staatslotterie' übt das für Finanzen zuständige Ministerium aus. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, alle Anordnungen zu treffen, um den Geschäftsbetrieb der Anstalt mit den Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Bestimmungen im Einklang zu halten. Hiervon unbeschadet gelten die Bestimmungen zu § 11 dieses Gesetzes."

2. § 2 erhält folgende Fassung:

"§ 2
Staatliche Glücksspiele

(1) Aufgabe der Thüringer Staatslotterie ist die Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung öffentlicher Glücksspiele in Form von Sportwetten und Lotterien in Erfüllung der öffentlichen Aufgabe nach § 10 Abs. 1 des Glücksspielstaatsvertrags (staatliche Glücksspiele). Die Thüringer Staatslotterie kann ferner öffentliche Glücksspiele, die nach dem Dritten Abschnitt des Glücksspielstaatsvertrags erlaubt werden können, und Zusatzlotterien veranstalten. Zu den nach den Satz 1 veranstalteten öffentlichen Glücksspielen können Sonderauslosungen ohne zusätzlichen Einsatz aus nicht ausgezahlten Gewinnen vorangegangener Veranstaltungen durchgeführt werden, um eine möglichst vollständige Ausschüttung des vorgesehenen Gewinnanteils zu erreichen. Die Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung der Glücksspiele, Zusatzlotterien und Sonderauslosungen nach den Sätzen 1 bis 3 erfolgt nach Maßgabe der hierfür nach § 4 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Erlaubnis.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 kann der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder als Anstalt des öffentlichen Rechts die Erlaubnis zur Veranstaltung von Lotterien in Form der Klassenlotterie und von ähnlichen Spielangeboten (Glücksspiele) erteilt werden. Sie nimmt die öffentliche Aufgabe nach § 10 Abs. 1 GlüStV wahr.

(3) Staatliche Glücksspiele können auch mit der Erlaubnis der obersten Glücksspielaufsichtsbehörde gemeinsam mit den in § 10 Abs. 2 oder § 10a Abs. 2 GlüStV genannten Veranstaltern anderer Länder veranstaltet oder durchgeführt werden.

(4) Der Veranstalter nach Absatz 1 hat gegenüber der zuständigen Glücksspielaufsichtsbehörde eine natürliche Person zu benennen, die zur Entgegennahme von Weisungen der Glücksspielaufsichtsbehörde berechtigt ist, umfassende Kenntnisse über die Geschäftsvorfälle hat und weisungsbefugt in den Ablauf der Glücksspielveranstaltung eingreifen kann (Sicherheitsbeauftragter).

(5) Staatliche Glücksspiele dürfen von Annahmestellen terrestrisch (stationär und mittels mobiler Annahmestellen) vertrieben werden. Die Gesamtzahl von 750 Annahmestellen darf nicht überschritten werden; sie sind regional ausgewogen zu verteilen.

(6) Zur Sicherstellung des Schutzes vor Suchtgefahren durch öffentliche Glücksspiele werden durch das für Gesundheit zuständige Ministerium spezifische Maßnahmen der Prävention, Hilfe und Forschung bei pathologischer Spielsucht umgesetzt.

(7) Verboten ist das Veranstalten und beziehungsweise oder Vermitteln von Glücksspielen, bei denen die Ermittlung des Gewinns und beziehungsweise oder der Gewinnhöhe ganz oder teilweise von den Zie-

hungsergebnissen beziehungsweise dem Gewinnplan (Quoten) anderer Lotterien abhängig ist. Gleichmaßen verboten sind Wetten auf andere Ereignisse als Sportereignisse, insbesondere auf Ziehungsergebnisse von Lotterien."

3. § 9 erhält folgende Fassung:

"§ 9

Verwendung der Erträge und Konzessionsabgabe

(1) Der Landessportbund Thüringen e.V. erhält sechs vom Hundert, jedoch nicht mehr als 10,22 Millionen Euro jährlich, die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege 3,35 vom Hundert, jedoch nicht mehr als 5,87 Millionen Euro jährlich, der Spieleinsätze aus den von der Thüringer Staatslotterie veranstalteten Lotterien mit Ausnahme der Lotterie GlücksSpirale und der 10-Euro-Sofortlotterie "Grünes Herz". Jährlich erhält der Landessportbund Thüringen e.V. mindestens 9,58 Millionen Euro und die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege mindestens 5,35 Millionen Euro.

(2) Die Stiftung Naturschutz Thüringen erhält 9,35 vom Hundert und der Landesverband Thüringen der Gartenfreunde e.V. 1,65 vom Hundert der Spieleinsätze aus der von der Thüringer Staatslotterie veranstalteten 10-Euro-Sofortlotterie "Grünes Herz" zur satzungsgemäßen Verwendung für Zwecke des Umwelt- und Naturschutzes.

(3) Der Landessportbund Thüringen e. V., die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, die Stiftung Naturschutz Thüringen sowie der Landesverband Thüringen der Gartenfreunde e.V., haben der Thüringer Staatslotterie bis zum 30. Juni eines Jahres die satzungsgemäße Verwendung der ihnen im vorangegangenen Jahr zugeführten Mittel nachzuweisen. Die Thüringer Staatslotterie erlässt dazu weitere Bestimmungen und erstellt auf Basis der Meldungen bis zum 31. Oktober eines Jahres einen Bericht über die Verwendung der Mittel und legt diesen ihrer Aufsichtsbehörde vor. Der Landessportbund Thüringen e. V., die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, die Stiftung Naturschutz Thüringen sowie der Landesverband Thüringen der Gartenfreunde e.V. unterliegen hinsichtlich der Verwendung dieser zugeführten Landesmittel der Prüfung des Rechnungshofs.

(4) Das Land erhebt eine Konzessionsabgabe auf die staatlichen Glücksspiele. Die Konzessionsabgabe ist der Betrag aus Einsätzen und Bearbeitungsgebühren, welcher nach Abzug der Betriebsaufwendungen, der an die Spielteilnehmer ausgeschütteten Gewinne und der Leistungen nach den Absätzen 1 und 2 und nach Abzug eines angemessenen Unternehmergewinns verbleibt.

(5) Die Konzessionsabgabe ist für die Aufgabenerfüllung aus § 2 Abs. 6 sowie zur Förderung kultureller, sozialer, umweltschützerischer und sportlicher Zwecke zu verwenden."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Begründung:**Artikel 1**

Zu Nummer 1:

§ 1 Abs. 1 regelt die Fortführung der Thüringer Lotterieverwaltung und der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und damit zugleich die gesetzliche Errichtung der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2020. Gleichzeitig werden Name und Sitz der Anstalt geregelt.

Außerdem wird die Gesamtrechtsnachfolge der neuen Anstalt in das Vermögen und die Verbindlichkeiten der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und der Thüringer Lotterieverwaltung geregelt. Das Vermögen und die Verbindlichkeiten gehen kraft Gesetzes auf die neue Anstalt über.

§ 1 Abs. 2 regelt den gesetzlichen Übergang der privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnisse.

Durch § 1 Abs. 3 wird sichergestellt, dass durch die Gesamtrechtsnachfolge keine Transaktionsaufwendungen durch Kosten, Gebühren und Landessteuern entstehen, für die die Landeskompentenz besteht.

Unabhängig von der Gesamtrechtsnachfolge wird die Anstalt gemäß § 1 Abs. 3 Satz 3 von der Zahlung von Verwaltungsgebühren (zum Beispiel für die Erteilung von Glücksspielerlaubnissen) befreit.

§ 1 Abs. 4 benennt die Organe Geschäftsführung und Verwaltungsrat der neuen Anstalt. Das Verfahren der Besetzung wird sich am bisherigen Verfahren der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen orientieren.

§ 1 Abs. 5 regelt die Vertretung der Anstalt durch die Geschäftsführung und die Information des Verwaltungsrats über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

§ 1 Abs. 6 bestimmt die Größe des Verwaltungsrates, die Besetzung sowie das Verfahren zur Beschlussfassung.

§ 1 Abs. 7 benennt die Aufgabe des Verwaltungsrats und regelt das Verhältnis im Hinblick auf die Geschäftsführung.

§ 1 Abs. 8 benennt die Angelegenheiten, in denen die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf. Die Regelung entspricht dem bisherigen Verfahren.

§ 1 Abs. 9 regelt die Satzungsbefugnis zur Konkretisierung zum Aufbau, zur inneren Organisation, zu den Rechten und Pflichten der Organe usw.

§ 1 Abs. 10 regelt die Anstaltsaufsicht über die Thüringer Staatslotterie in Abgrenzung zur weiterhin bestehenden Glücksspielaufsicht nach § 11 dieses Gesetzes.

Zu Nummer 2:

Durch die Neufassung von § 2 Abs. 1 wird die öffentliche Aufgabe der Veranstaltung staatlicher Glücksspiele, Zusatzlotterien und Sonderauslosungen unmittelbar durch Gesetz auf die Thüringer Staatslotterie übertragen. Zugleich wird bestimmt, dass die Aufgabenerfüllung nach Maßgabe

der für die Veranstaltung erforderlichen Erlaubnis erfolgen muss, welche die konkreten Regelungen zur Veranstaltung der Glücksspiele trifft.

Der bisherige Absatz 3 Satz 1 kann als Folge der Errichtung der neuen Anstalt entfallen. Ebenfalls resultiert die Änderung von Absatz 4 Satz 1 aus der Errichtung der neuen Anstalt.

Zu Nummer 3:

§ 9 Abs. 4 stellt die Abschöpfung der Überschüsse der Thüringer Staatslotterie zugunsten des Landeshaushalts durch eine Konzessionsabgabe sicher.

Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Marx

Adams

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

Thüringer Rechnungshof

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Fachverband Drogen- und Suchthilfe e.V.

Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen

Institut für Glücksspiel und Gesellschaft

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Thüringen e.V

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof · Postfach 10 01 37 · 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Haushalts- und Finanzausschusses
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:
Telefon 03672 446-
Telefax 03672 446-

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
17. Juli 2019

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Rudolstadt,
20. August 2019

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Drucksache 6/7401 - Neufassung -
hier: Stellungnahme des Thüringer Rechnungshofs**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

gerne kommt der Rechnungshof Ihrer Bitte um Äußerung zu dem o. a. Gesetzentwurf nach. Dazu teilt der Rechnungshof Folgendes mit:

1. Organisationsänderung (§ 1 a Errichtung der Thüringer Staatslotterie)

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Glücksspielgesetzes ist beabsichtigt, die Organisation der Veranstaltung und Durchführung des öffentlichen Glücksspiels in Thüringen zu ändern.

Bisheriger Veranstalter der Glücksspiele ist der Landesbetrieb (§ 26 ThürLHO) Thüringer Lotterieverwaltung (TLV). Er ist ein rechtlich absonderter Teil der Landesverwaltung und als solcher beim TFM angesiedelt.

Die Durchführung der öffentlichen Glücksspiele wird bisher von der Lotterietreuhandgesellschaft mbH Thüringen (LTG) wahrgenommen. Die LTG wurde am 17. September 1991 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Jena unter der Reg.Nr. HRB 301281 eingetragen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.022.584 EUR. Alleinigere Gesellschafter ist der Freistaat Thüringen.

Nach Darstellung im Gesetzentwurf komme es bisher im Abstimmungsprozess von TLG und LTG durch die Aufspaltung der Aufgaben zu Redundanzen, wodurch die Entscheidungsfindung erheblich erschwert sei.

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Die Lösung der Probleme soll durch die Zusammenführung der Aufgaben herbeigeführt werden. Dazu sollen die LTG und die TLG in einer zu errichtenden Anstalt des öffentlichen Rechts, der Thüringer Staatslotterie, vereint werden.

§ 1 a Abs. 1 Satz 1 des Gesetzentwurfs lautet:

„Die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und der Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung werden mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Thüringer Staatslotterie“ in Trägerschaft des Landes mit Sitz in Suhl fortgeführt.“

In der Begründung in Artikel 1 zu Nr. 1 wird dazu ausgeführt:

„ § 1 a Abs. 1 regelt die Fortführung der Thüringer Lotterieverwaltung und der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und damit zugleich die gesetzliche Errichtung der neuen Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2020.“

Weder aus dem Gesetzestext noch aus der Begründung geht hervor, wie die „Fortführung“ konkret beabsichtigt ist und auf welcher rechtlichen Grundlage die Umwandlung einer juristischen Person des Privatrechts in der Rechtsform einer GmbH (LTG) in eine juristische Person des öffentlichen Rechts (Thüringer Staatslotterie) erfolgen soll.

Unstrittig ist, dass es in der Organisationsgewalt des Landes liegt, juristische Personen des öffentlichen Rechts zu errichten. Der Gesetzgeber kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts errichten.

Im vorliegenden Fall existieren jedoch bereits zwei Gesellschaften, von denen eine privatrechtlich organisiert ist. Die Umstrukturierung von Unternehmen des privaten Rechts erfolgt regelmäßig entweder nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes (UmwG) oder im Wege der Übertragung einzelner Vermögensgegenstände auf andere Rechtsträger (Asset Deal).

Das UmwG sieht grundsätzlich vier verschiedene Möglichkeiten vor, ein Unternehmen umzustrukturieren: Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung und Formwechsel.

Beim Formwechsel wird lediglich ein bestehender Rechtsträger in einen anderen umgewandelt, d. h. der Rechtsträger erhält dadurch eine andere Rechtsform. Als formwechselnde Rechtsträger sind vom Gesetz nur bestimmte Arten zugelassen (§§ 190 ff. UmwG). § 191 Abs. 1 UmwG bestimmt, welche Rechtsträger ihre Form wechseln dürfen. Der Fall der Umwandlung einer GmbH in eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist davon nicht erfasst.

Das UmwG eröffnet aber dem Bundes- und Landesgesetzgeber in § 1 Abs. 2 die Möglichkeit, eine solche Umwandlung auf Grundlage eines Gesetzes vorzunehmen. Nach § 1 Abs. 2 UmwG ist eine Umwandlung i. S. d. Abs. 1 außer in den im UmwG geregelten Fällen nur möglich, wenn sie durch ein anderes Bundesgesetz oder ein Landesgesetz ausdrücklich vorgesehen sind.

In Thüringen wurde von der o. a. Regelung mit § 76 a Abs. 3 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) im Hinblick auf den Formwechsel in eine kommunale Anstalt Gebrauch gemacht. Die Regelung der ThürKO erfasst den Fall der Umwandlung der LTG zur Thüringer Staatslotterie jedoch nicht. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wurde auch nicht auf ein anderes Gesetz des Freistaats Thüringen verwiesen, nach welchem die Umwandlung erfolgen soll. Ebenso wenig enthält der Gesetzentwurf eine Formulierung, die selbst ausdrücklich nach § 1 Abs. 2 UmwG den Formwechsel von der LTG (GmbH) hin zur Thüringer Staatslotterie (Anstalt des öffentlichen Rechts) enthält.

Ein Beispiel für eine konkrete Regelung zur Ausgestaltung eines solchen Formwechsels von einer GmbH zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts in einem Gesetz stellt der Gesetzentwurf der Landesregierung von Rheinland-Pfalz zum Landesgesetz über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISBLG) (Drs. 16/492 vom 26.10.2011) dar.

Vor diesem Hintergrund hat der Rechnungshof Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit einer Organisationsänderung nach dem UmwG in der vorliegenden Form des Gesetzentwurfs.

Der weiter infrage kommende Weg wäre ein Betriebsübergang über einen Asset Deal. Dabei werden einzelne Wirtschaftsgüter auf den Erwerber übertragen. Wenn hierbei auch der Kundenstamm mit übertragen wird, ändert sich in der Folge auch der für die Verarbeitung der Kundendaten Verantwortliche. Um diese Weitergabe des Kundenstamms im Rahmen eines Asset Deals rechtlich zulässig zu gestalten, kommen als Erlaubnisnormen zum einen gesetzliche Erlaubnistatbestände nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), zum anderen dahingehende Einwilligungen aller Betroffenen in Betracht.

Für einen rechtskonformen Übergang des Kundenstamms bei einem Asset Deal sind im Vorfeld bereits klare Strukturen und eine saubere Mandantentrennung zu schaffen, damit in der Folge die Übertragung des Kundenstamms in datenschutzrechtlich zulässiger Weise durchgeführt werden kann. Zudem kann damit zugleich zivilrechtlichen Haftungsansprüchen sowie drohenden Bußgeldern effektiv vorgebeugt werden. Diesbezüglich hat der Rechnungshof starke Zweifel, ob die im Gesetzentwurf dafür vorgesehene Zeit bis zum 1. Januar 2020 ausreichend ist.

Außerdem ist bei einem Betriebsübergang im Wege eines Asset-Deals § 613 a BGB und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse zu beachten sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Fristen einzuhalten. Dies erfordert eine gründliche Planung, die bis zum 31. Dezember 2019 nicht realisierbar sein dürfte.

Die Angabe unter C. des Gesetzentwurfs, dass zu der Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts keine Alternativen bestehen, ist für den Rechnungshof nicht nachvollziehbar.

Die Finanzministerin hat dem Haushalts- und Finanzausschuss mit Schreiben vom 11. Juli 2019 (Vorlage 6/5832) mit der Anlage 2 eine „Übersicht der Rechtsformen und Veranstaltungsorganisationen der staatlichen Lotterien in den Ländern“ übersandt. Darin wird dargestellt, dass alle Bundesländer - außer Berlin - andere Organisationsformen, als die einer Anstalt des öffentlichen Rechts, zur Veranstaltung und Durchführung von staatlichen Lotterien gefunden haben. Allein diese Tatsache zeigt auf, dass es Alternativen zur Errichtung der Thüringer Staatslotterie in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gibt.

Der Rechnungshof vermag nachzuvollziehen, dass die Bündelung des Thüringer Glücksspielwesens in einer Körperschaft organisatorisch vorteilhaft ist. Er vermisst jedoch eine Begründung, weshalb eine Anstalt des öffentlichen Rechts die beste Lösung ist und welche Vorteile gegenüber einem Landesbetrieb (wie in Bayern) oder einer reinen GmbH-Lösung bestehen. Insbesondere fehlt eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Da juristischen Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) einerseits besondere Rechte, wie z. B. das Selbstverwaltungsrecht und die Satzungsgewalt, wesensimmanent sind, müssen auf der anderen Seite bei deren Errichtung notwendigerweise bestimmte Festlegungen getroffen und Mindeststandards eingehalten werden.

Im Freistaat Thüringen wurde bisher kein Landesorganisationsgesetz erlassen, worin die bei der Errichtung von jPdöR zu regelnden Sachverhalte bestimmt und aufgelistet wurden. Dem gegenüber wurde für die Beteiligungen des Landes an privatrechtlich organisierten Unternehmen von der Beteiligungsverwaltung im TFM ein Mustergesellschaftsvertrag verbindlich vorgegeben.

In Ermangelung von Vorgaben für rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts in Thüringen hat der Rechnungshof den § 1 a - Errichtung der Thüringer Staatslotterie - im Entwurf zum Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes mit dem Errichtungsgesetz der Anstalt öffentlichen

Rechts „ThüringenForst“ (Artikel 1 des Thüringer Gesetzes über die Reform der Forstverwaltung vom 25. Oktober 2011) verglichen.

Dabei wurde festgestellt, dass beim Gesetzentwurf über die Errichtung der Thüringer Staatslotterie zu folgenden Sachverhalten keine Angaben gemacht werden:

- Dienstherrenfähigkeit
- Gewährträgerschaft
- Tariffähigkeit
- Beibehaltung des VÖB (Banktarifs) oder Überleitung in TV-L
- Dienstbehörde
- Rückkehrrechte
- Anzahl der Geschäftsführer
- Abberufung von Geschäftsführern
- „Gründungsverwaltungsrat“
- Wirtschaftsführung
- Rücklagen
- Jahresabschluss
- Verankerung des PCGK.

Darüber hinaus fehlt jeglicher Hinweis auf die Anwendung der ThürLHO, die Verankerung der Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofs und die Bindung an die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Ebenso mangelt es an einer grundsätzlichen Aussage, ob die Thüringer Staatslotterie ein Unternehmen in der Rechtsform einer landesunmittelbaren juristischen Person des öffentlichen Rechts i. S. d. § 112 Abs. 2 ThürLHO ist oder nicht.

2. Steuerliche Auswirkung der Organisationsänderung

Begründet wird der Gesetzentwurf u. a. auch damit, dass durch neuerliche Entwicklungen im Bereich der Bewertung einer umsatzsteuerlichen Organisation ein zusätzlicher Dokumentations- und Organisationsaufwand besteht. Die neue Thüringer Staatslotterie wäre, wie bisher die TLV auch, von der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer befreit.

Dazu ist festzustellen:

Die Besteuerung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts folgt grundsätzlich der Besteuerung der anderen jPdöR. Für diese ist die Art der jeweils ausgeübten Tätigkeit maßgeblich. Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR) werden nur insoweit besteuert, als sie mit ihren Betrieben gewerblicher Art (BgA) mit privaten Unternehmen konkurrieren. Daher sind unter steuerlichen Gesichtspunkten der hoheitliche Bereich, die Vermögensverwaltung und BgA zu unterscheiden.

Soweit jPdöR hoheitlich tätig werden, d. h. in Ausübung öffentlicher Gewalt handeln, sind die hieraus erzielten Einnahmen nicht steuerbar. Dies gilt für Tätigkeiten, die sich aus der Staatsgewalt ableiten und staatlichen Zwecken dienen. Keine hoheitliche Tätigkeit liegt demgegenüber vor, wenn sich die Anstalt des öffentlichen Rechts durch ihre Einrichtungen in den allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr einschaltet und in größerem Umfang Aufgaben übernimmt, wie sie auch Privatunternehmer ausüben, auch wenn sie dadurch nur ungewollt in Wettbewerb zur privaten Wirtschaft treten.

Die Aussage in der Gesetzesentwurfsbegründung, wonach die neue Thüringer Staatslotterie von der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer befreit sei, ist nach Ansicht des Rechnungshofs nur insoweit richtig, wie die Anstalt keine Tätigkeiten ausübt, die die Voraussetzungen für einen BgA i. S. d. § 4 KStG erfüllen. Die Nutzbarmachung der steuerlichen Vorteile der Anstalt des öffentlichen Rechts hängt davon ab, welchem Bereich die einzelnen Tätigkeiten zuzuordnen sind. Erfolgt eine Zuordnung zur Vermögensverwaltung bzw. zum hoheitlichen Bereich, kommen grundsätzlich die Steuerbefreiungen bzw. die fehlende Steuerbarkeit im Körperschaft- und Gewerbebesteuerrecht sowie die fehlende Steuerbarkeit im Bereich der Umsatzsteuer zum Tragen. Soweit ein BgA unterhalten wird, greift dagegen die reguläre – auch für alle übrigen Körperschaften geltende – Besteuerung.

Auch die Finanzministerin geht davon aus, dass die neue Anstalt nicht vollständig steuerbefreit ist. In ihrem Schreiben vom 11. Juli 2019 (Vorlage 6/5832) an den Haushalts- und Finanzausschuss führt sie zur steuerlichen Belastung der Thüringer Staatslotterie aus:

„Die steuerlichen Belastungen bleiben gleich und werden nicht höher (im Vergleich zu einer reinen GmbH-Lösung, sprich Zusammenführung von Veranstalter und Durchführer in einer GmbH).“

3. Aufgabenerweiterung (§ 2 Staatliche Glücksspiele)

Nach § 2 des Entwurfs besteht die Aufgabe der Thüringer Staatslotterie in der Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung staatlicher Glücksspiele in Erfüllung der öffentlichen Aufgabe nach § 10 Abs. 1 des Glücksspielstaatsvertrags (GlüStV).

Bisher nahm die TLV die Aufgabe des Veranstalters wahr und die LTG führte das staatliche Glücksspiel durch. Die Aufgabe der Vermittlung war weder der LTG noch der TLG zugewiesen. Damit wäre die Vermittlung eine für die Thüringer Staatslotterie zusätzliche Aufgabe.

In der vorliegenden Gesetzesbegründung werden zur Aufgabe der „Vermittlung staatlichen Glücksspiels“ keine Ausführungen gemacht.

Der GlüStV unterscheidet jedoch nach „Vermittlern“ i. S. d. § 3 Abs. 5 und der „gewerblichen Spielvermittlung“ i. S. d. § 3 Abs. 6.

Für den Rechnungshof ist nicht erkennbar, ob die Thüringer Staatslotterie innerhalb der Vertriebsorganisation von Veranstaltern tätig werden soll oder welche Form der Vermittlung beabsichtigt ist. Dies wäre in der Gesetzesbegründung noch klarstellend zu erläutern.

Das Veranstellen und das Vermitteln öffentlicher Glücksspiele im Internet ist nach § 4 Abs. 4 GlüStV verboten. Abweichend davon können die Länder zur besseren Erreichung der Ziele des § 1 den Eigenvertrieb und die Vermittlung von Lotterien sowie die Veranstaltung und Vermittlung von Sportwetten im Internet erlauben, wenn keine Versagungsgründe vorliegen und bestimmte Voraussetzungen vorliegen (§ 4 Abs. 5 GlüStV).

Nach Recherche des Rechnungshofs betreibt (veranstaltet und vermittelt) die LTG gegenwärtig im Internet Sportwetten. Es ist nicht bekannt, ob dafür eine Erlaubnis nach § 4 Abs. 5 GlüStV vorliegt und ob alle dafür notwendigen Voraussetzungen von der LTG erfüllt werden. Dem Gesetzentwurf kann nicht entnommen werden, ob diese Form des öffentlichen Glücksspiels künftig auch von der Thüringer Staatslotterie veranstaltet und vermittelt werden soll.

4. Verwendung der Erträge und Konzessionsabgabe (§ 9)

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes vom 28. Mai 2019 wurde die Verwendung der Erträge in § 9 geregelt.

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes soll der bisherige Absatz 2 des § 9 mit der darin getroffenen Regelung bzw. der Definition des Überschusses entfallen. Dafür soll in § 9 Abs. 4 des Gesetzentwurfs neu geregelt werden, dass das Land eine Konzessionsabgabe auf die staatlichen Glücksspiele erhebt. Die Konzessionsabgabe besteht der Höhe nach aus dem bisherigen „Überschuss“, vermindert um einen angemessenen Unternehmergewinn.

Im Gesetzentwurf wird dazu erläutert, dass die Zuführung der Überschüsse aus den öffentlichen Glücksspielen an den Landeshaushalt durch die Einführung einer Konzessionsabgabe sichergestellt ist und im Grunde fortgeführt wird.

Tatsächlich wird sich die Zuführung an den Landeshaushalt aus den öffentlichen Glücksspielen mit Inkrafttreten des Gesetzes um den Anteil des „angemessenen Unternehmergewinns“ verringern. In diesem Zusammenhang ist dazu anzumerken, dass im Gesetz keine Regelungen zur Höhe und Ermittlung des „angemessenen Unternehmergewinns“ getroffen werden.

Abschließend ist feststellen, dass der vorliegende Gesetzentwurf zum Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes erheblichen Überarbeitungsbedarf aufweist und die vorgesehene Zeitspanne bis zur beabsichtigten Errichtung der Thüringer Staatslotterie, einer weiteren mittelbaren Verwaltungsorganisation im Freistaat Thüringen, sehr knapp bemessen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ: 631-1/2019.4

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen : Drs.6/7401
Bearbeiter/in :
Telefon : 0361 57-311
Erfurt, den : 23. August 2019

THÜR. LANDTAG POST
23.08.2019 13:39

18587/2019

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes - Bitte des Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes in der Drucksache 6/7401 gem. § 112 Abs. 4 GO bedanke ich mich.

In dem Gesetzentwurf sollen die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und der Landesbetrieb Thüringer Lotterieverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (Thüringer Staatslotterie) umgewandelt werden.

Zu dem vorliegen Gesetzentwurf ist aus datenschutzrechtlicher Sicht derzeit an nichts zu erinnern.

Dessen ungeachtet muss natürlich auch die Thüringer Staatslotterie als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) die datenschutzrechtlichen Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung beachten.

Mit freundlichen Grüßen

17879/2019

Anhörung nach § 79 GO des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf der Landesregierung
 „Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes“
 Drucksache 6/7401 - Neufassung

Sehr geehrte Damen und Herren,
 vielen Dank für die Möglichkeit, aus suchtpräventiver Sicht, eine Stellungnahme im
 Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Fünftes Gesetz zur Änderung des
 Thüringer Glücksspielgesetzes“ abgeben zu können.
 Folgende Aussagen werden zum Entwurf gemacht:

§ 1 a, Abs.1:

*„Die Lotterie- und Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und der Landesbetrieb Thüringer
 Lotterieverwaltung werden mit Wirkung zum 1. Januar 2020 in der Rechtsform einer rechtsfähigen
 Anstalt des öffentlichen Rechts „Thüringer Staatslotterie“ in Trägerschaft des Landes mit Sitz in Suhl
 fortgeführt. [...]“*

Aus suchtpräventiver Sicht erschließt sich nicht die aktuelle Notwendigkeit, eine Anstalt öffentlichen
 Rechts zu gründen. Die Argumentation der Fraktionen der Landesregierung, Entscheidungswege zu
 verkürzen und Kosten zu sparen, ist zwar nachvollziehbar dargestellt, zeigt aber nur eine Seite der
 Konsequenzen von solcher tiefgreifenden Umgestaltung.

Unsere Kritikpunkte:

§ 1 a, Abs.4

„Organe der Thüringer Staatslotterie sind die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat. [...]“

Wir kritisieren, dass im vorliegenden Gesetz lediglich die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat als
 Organe der Thüringer Staatslotterie benannt werden. Die Mitglieder des **Verwaltungsrates** werden
 ausschließlich durch das Finanzministerium bestellt, d.h. andere Ressorts, wie z.B. das
 Gesundheitsressort, sind komplett ausgeschlossen. Ein Beirat ist laut Gesetz nicht vorgesehen. Die
 Thüringer Fachstelle GlücksSpielSucht fordert einen **Landesfachbeirat** mit multifachlicher Besetzung,
 um die Ziele des GlüStV zu verwirklichen.

§ 2, Abs.1

*„Aufgabe der Thüringer Staatslotterie ist die Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung staatlicher
 öffentlicher Glücksspiele [...]“*

Der gesetzliche Auftrag des Landes besteht in der Veranstaltung öffentlicher Glücksspiele (siehe
 Lottomonopol nach § 10, Abs.1 GlüStV). Mit diesem vorgelegten Entwurf soll nun gleichzeitig die
Vermittlung mit stattfinden. Nicht erläutert wird, was der Entwurf unter dem Begriff der Vermittlung
 konkret versteht. Es stellt sich die Frage, ob die Anstalt im Bereich der gewerblichen Spielvermittlung
 nach § 3 Abs. GlüStV aktiv werden will. Die damit verbundene Absicht, nachhaltigen Gewinn zu
 erzielen, läuft den Zielen des GlüStV und insbesondere dem Auftrag der Glücksspielsuchtprävention
 entgegen. Wie ist diese Ausrichtung auf Profitorientierung mit der Aufgabe vereinbar „[...] das
 Entstehen von Glücksspielsucht und Wertsucht zu verhindern und die Voraussetzungen für eine
 wirksame Suchtbekämpfung zu schaffen[...]“ (§ 1 GlüStV)?

Ein weiterer Kritikpunkt ist die vermutete Tatsache, dass mit der Verabschiedung des Gesetzes die
 zukünftige „Thüringer Staatslotterie“ **über das Geschäftsfeld Glücksspiel hinaus**, tätig werden kann.
 Bisher ist diese Möglichkeit laut § 2, Abs.3 ThürGlüG (Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer
 Glücksspielgesetzes) ausgeschlossen, im neuen Gesetzentwurf fehlt dieser Ausschluss. Aus
 suchtpräventiver Sicht ist diese Entwicklung entschieden abzulehnen und sollte im Gesetz wieder
 aufgenommen werden. Hinzu kommt, dass bereits bei der letzten Änderung des ThürGlüG vor einigen

Wochen (Viertes Gesetz zur Änderung des ThürGlüG) die Abgeordneten eindeutig gegen eine Geschäftsfelderweiterung über das Glücksspiel hinaus abstimmten. Wie ernst und verbindlich wird das Votum der Thüringer Landtagsabgeordneten genommen?

Der **Bereich der Sportwetten** wird mit der Formulierung: „[...] *staatliche öffentliche Glücksspiele* [...]“ im Gegensatz zu den vorherigen Gesetzen explizit **nicht** erwähnt. Aus suchtfachlicher Sicht sind Sportwetten und Lotterien aufgrund des unterschiedlich großen Gefährdungspotentials auch unterschiedlich zu reglementieren und in keinem Fall gleichrangig zu behandeln. Dazu bedarf es einer differenzierten Formulierung im Sinne des bisherigen Gesetzes „*Das Land veranstaltet nach den Regelungen des Glücksspielstaatsvertrags öffentliche Glücksspiele in Form von Sportwetten und Lotterien in Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben nach § 10 Abs. 1 GlüStV (staatliche Glücksspiele).*“ (§ 2, Abs. 1 Viertes Gesetz zur Änderung des ThürGlüG). In der Konsequenz der Änderung von § 2, Abs. 1 ThürGlüG müssen wir davon ausgehen, dass in den 750 Thüringer Annahmestellen gleichrangig neben den Lotterien auch Sportwetten vertrieben werden können (siehe § 4, Abs. 4 ThürGlüG). Bietet die „Thüringer Staatslotterie“ zukünftig in sämtlichen Annahmestellen Sportwetten an, wären z.B. die lt. § 6 ThürGlüG vorgesehenen 100 Wettvermittlungsstellen bei Weitem überschritten. Das ist aus suchtpreventiver Sicht entschieden abzulehnen.

Fazit:

Die Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht stimmt dem Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes nicht zu. Wir sehen in keiner Weise die Belange des Schutzes der spielenden Bevölkerung sowie der Suchtprävention verbessert bzw. gestärkt.

Erfurt, den 14.08.2019

Thüringer Fachstelle GlücksspielSucht

Landeskoordinatorin Glücksspielsucht



Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen • Postfach 200 157 • 98506 Suhl

Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 ERFURT

THÜR. LANDTAG POST
02.09.2019 14:54

1810612018

Den Mitgliedern des

HuFA

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
17.07.2019

Unsere Nachricht vom
01.07.2019

Unser Zeichen

Telefon

Datum
02.09.2019

Anhörung zur 5. Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes Hier: Stellungnahme zum Schreiben vom 17.07.2019

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 17. Juli 2019 wurde die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen (LTG) aufgefordert, an einem vom Haushalts- und Finanzausschuss des Thüringer Landtages beschlossenen schriftlichen Anhörungsverfahren teilzunehmen. Grund ist das *Fünfte Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes*, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/7401 – Neufassung.

Die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen (LTG) ist erfreut, ihre Stellungnahme zur geplanten Errichtung der Thüringer Staatslotterie und deren Verankerung im Thüringer Glücksspielgesetz abgeben zu dürfen.

Die Thüringer Staatslotterie (TSL) tritt damit die Rechtsnachfolge der derzeit bestehenden Organschaft, in welcher die Thüringer Lotterieverwaltung (TLV) und die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH verbunden sind, an. Diese Rechtsnachfolge ist ein längst überfälliger Schritt, der seinen Beginn mit einer Information des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 26. Mai 2017 an die obersten Finanzbehörden der Länder nahm.

Inhalt waren neue rechtliche bzw. organisatorische Hinweise für Organschaften hinsichtlich „Vorsteuerabzug beim Erwerb und im Zusammenhang mit dem Halten und Verwalten von gesellschaftlichen Beteiligungen; Konsequenzen der Rechtsprechung des EuGHs und des BFH“.

Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen

Fröhliche-Mann-Str. 3b
98528 Suhl

Tel.: (0 36 81) 35 45-
Fax: (0 36 81) 35 45-
service@lotto-thueringen.de
www.lotto-thueringen.de

Geschäftsführer:

Steuer-Nr.: 151 144 11032
USt-ID: DE 164455230
Amtsgericht Jena: HRB 301281

Bankverbindung:
Commerzbank Erfurt
IBAN: DE75 8204 0000 0406 6601 00
BIC: COBADEFFXXX

WLA CERTIFIED
SECURITY CONTROL STANDARD
VALID UNTIL DECEMBER 6, 2019



15 518380

Diese Rechtsprechung hat erhebliche Auswirkungen auf die Organschaft der TLV/LTG. In Erfüllung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns hat die LTG direkt den Kontakt zu ihrem Gesellschafter gesucht. In der Folge wurde deutlich, dass die Organschaft künftig ein Risiko von Steuerrückforderungen in sich trägt und Alternativmodelle mittels externer Sachkenntnis untersucht werden müssen.

Die naheliegende Idee, dass die TLV umfänglich die Aufgaben der LTG im operativen Geschäft übernimmt, deren Aufgabenbereich faktisch spiegelt, ginge mit einer erheblichen personellen Aufstockung der TLV einher und wurde schnell verworfen, zumal sich dies mit einem kostensparenden Wirtschaften nicht vereinbaren lässt.

Während der externen Begutachtung kristallisierte sich heraus, dass die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts als Rechtsnachfolgerin der Organschaft TLV/LTG ein geeignetes Modell darstellt.

Es werden bürokratische Aufwände minimiert, beispielsweise die doppelte Buchführung der TLV oder die Umschreibung von Schriftstücken der LTG durch die TLV zum Einreichen beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK). Alle Projekte und Abläufe, bei denen die LTG auf die Beurteilung durch das TMIK als oberste Glücksspielbehörde des Freistaats angewiesen ist, können dann effizienter gestaltet werden.

Diese Effizienz wirkt auch auf den Prozess der Wirtschaftsplanung, bei der im jetzigen Modell mehrere Abstimmungsrunden notwendig sind, um alle Zustimmungen der erforderlichen Gremien zu erhalten.

Erfordert ein Notfall, wie der Ausfall technischer Geräte zur Absicherung des reibungslosen Spielgeschäfts (z. B. Kryptoserver), eine sofortige Handlungsfähigkeit, um die Neuanschaffung direkt vornehmen zu können, sind solche Abstimmungs- und Zustimmungsregularien nicht zeitgemäß und umsatzschädlich.

Die mit der Rechtsnachfolge der Thüringer Staatslotterie eintretende direkte Kommunikation mit dem TMIK verhindert Kommunikationsverluste, wie sie derzeit nicht ausgeschlossen werden können.

Mit der Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts werden zudem Steuerunklarheiten ausgeschlossen. Weiterhin kann die Rechtsnachfolgerin Thüringer Staatslotterie auf einem sich zunehmend rasant verändernden Glücksspielmarkt schneller agieren, ohne dass der Freistaat Thüringen oder das TMIK an Kontrolle und Einflussnahme verlieren.

Die Änderungen zur Errichtung der Thüringer Staatslotterie, die mit dem *Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes* umgesetzt werden sollen, stellen in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Veranstaltung und Durchführung der öffentlichen Glücksspiele in Thüringen einen wichtigen und richtigen Schritt dar.

Dies vorangestellt, nimmt die LTG in Anlehnung an der Struktur des Gesetzesentwurfs wie folgt Stellung:

Artikel 1

§ 1a Absätze 1 bis 10

In § 1a Abs. 1 des Gesetzentwurfs wird folgendes geregelt:

- Die Errichtung einer neuen „Anstalt des öffentlichen Rechts“ (AöR) zum 01.01.2020 namens „Thüringer Staatslotterie“ in Trägerschaft des Landes mit Sitz in Suhl; und
- die Gesamtrechtsnachfolge dieser neuen AöR in das Vermögen und die Verbindlichkeiten (1) der Lotterietreuhandgesellschaft mbH Thüringen (LTG) und (2) des Landesbetriebs Thüringer Lotterieverwaltung (TLV).

Die in § 1a aufgenommenen Bestimmungen greifen die vorstehenden Gedanken auf, wonach durch die Rechtsnachfolge eine Verschlankung der bisherigen Struktur eintritt, ohne dass der Freistaat an Einflussnahme verliert. Damit ist gesichert, dass der Freistaat über den zu bestellenden Verwaltungsrat bei allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Thüringer Staatslotterie und darüber hinaus gehenden Geschäften von besonderer Bedeutung auf direktem Wege eingebunden ist, was den Willen der LTG widerspiegelt. Nähere Regelungen, beispielsweise zum Übergang der privatrechtlichen Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse (Abs. 2) oder der Abgaben- und Gebührenfreiheit einschließlich der Befreiung von Zahlung von Verwaltungsgebühren (Abs. 3) greifen ebenfalls den gewünschten Charakter einer effizienteren Ausgestaltung der Verbindung der Rechtsnachfolgerin TSL mit dem Freistaat Thüringen auf und werden durch die LTG begrüßt.

§ 2 Absätze 1 bis 7

Die mit Absatz 1 eindeutige Regelung der Veranstaltung, Vermittlung und Durchführung staatlicher öffentlicher Glücksspiele als Aufgabe der Thüringer Staatslotterie auf Grundlage der jeweils erforderlichen Erlaubnis entspricht der Intention der Rechtsnachfolge und wird positiv bewertet.

§ 9 Absätze 1, 2, 4, 5

Die LTG ist seit ihrer Gründung am 17.09.1991 drei Säulen verpflichtet: für am Glücksspiel interessierten Personen ein attraktives, gleichwohl verantwortungsvoll ausgestaltetes Angebot und dazu passende Services bereitzuhalten, damit kanalisierend zu wirken, um die Spielteilnehmer vor unseriösen und kriminellen Angeboten zu schützen, sowie erwirtschaftete Überschüsse an den Freistaat zur Förderung gemeinwohlorientierter Zwecke abzuführen. Mit der Rechtsnachfolge wird diese Unternehmens-DNA direkt übernommen und durch die Regelungen in § 9 die Konzessionsabgabe an den Freistaat sowie die Zuführungen an die Destinatäre der staatlichen öffentlichen Glücksspiele gesichert.

Es sei redaktionell angemerkt, dass in (1), Satz 1, die nähere Bezeichnung der 10-Euro-Sofortlotterie „**Grünes Herz**“ entfallen sollte. Damit wäre dieser Absatz stimmig mit (2), in welchem auch nur von der 10-Euro-Sofortlotterie die Rede ist.

...

Anderenfalls zieht eine Namensänderung dieses Loses jeweils eine Gesetzesänderung nach sich, die nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht, siehe dazu auch die Begründung zu § 9 im Vierten Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes, (zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2019).

§ 9 Absatz 3

Mit der in Absatz 3 aufgenommenen Änderung übernimmt die Thüringer Staatslotterie in Hinblick auf die satzungsgemäße Verwendung der zugeführten Mittel an die Destinatäre direkt die Überprüfung des Nachweises. Für die Thüringer Staatslotterie ergibt sich damit eine noch engere Zusammenarbeit mit den Destinatären, welche begrüßt wird.

Artikel 2

Die LTG begrüßt die zügige Gesamtrechtsnachfolge zum 1. Januar 2020 und erwartet vom Inkrafttreten der vorgesehenen Änderungen positive Auswirkungen und spürbare Zuwächse an Effizienz bei Arbeits- und Verwaltungsprozesse sowie im kommunikativen Bereich mit Dritten auf Landesebene.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, dass meine Erläuterungen helfen, die Sichtweise der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen auf die vorgesehenen Änderungen des Thüringer Glücksspielgesetzes im Hinblick auf die Errichtung der Thüringer Staatslotterie zu verdeutlichen. Sie ist insbesondere auch mit Fokus auf die sich rasant verändernden Bedingungen auf dem Glücksspielmarkt und unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung des geltenden Glücksspielstaatsvertrags über den 30. Juni 2021 hinaus ein zukunftsgerichteter Schritt.

Sollten Sie Rückfragen haben, stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Lotterie-Treuhandgesellschaft
mbH Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
26.08.2019 07:14

18592/2019

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM | 44780 Bochum | Germany

JURISTISCHE FAKULTÄT

Thüringer Landtag
- Haushalts und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

INSTITUT FÜR GLÜCKSSPIEL
UND GESELLSCHAFT

Universitätsstraße 150
44801 Bochum

glueg@rub.de
www.glueg.org

23. August 2019

Stellungnahme zum Entwurf des „Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes“ – LT-Drs. 6/7401

I. Sachverhalt: Der Entwurf des „fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes“, LT-Drs. 6/7401, sieht im Kern eine organisationsrechtliche Änderung des Aufbaus von LOTTO Thüringen vor. Derzeit sind die Veranstaltung und Durchführung des thüringischen Lotterieangebots getrennt voneinander organisiert: Die Veranstaltung erfolgt durch die Thüringer Lotterieverwaltung, die Durchführung übernimmt die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen und damit eine juristische Person des Privatrechts. Nach § 1a des Gesetzesentwurfs soll diese organisationsrechtliche Aufspaltung der Veranstaltung und Durchführung durch die Errichtung der Thüringer Staatslotterie als einer Anstalt des öffentlichen Rechts geändert werden. Für die Aufsicht über die Thüringer Staatslotterie soll gemäß § 1a Abs. 10 Satz 1 des Gesetzesentwurfs weiterhin das Thüringer Finanzministerium zuständig sein.

II. Rechtliche Würdigung: Normativer Anknüpfungspunkt für das staatliche Veranstaltungsmonopol für Lotterien ist § 10 GlüStV.¹ Nach § 10 Abs. 1 Satz 1 GlüStV obliegt den Ländern „zur Erreichung der Ziele des § 1 die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen“. § 10 Abs. 2 Satz 1 GlüStV normiert organisationsrechtliche Vorgaben zur Umsetzung dieses Sicherstellungsauftrages.² Danach können die Länder die ihnen übertragene „öffentliche Aufgabe selbst, durch eine von allen Vertragsländern gemeinsam geführte öffentliche Anstalt, durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder durch privatrechtliche Gesellschaften, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar maßgeblich beteiligt sind, erfüllen“. § 10 Abs. 2 Satz 1 GlüStV räumt den Ländern damit ein Ermessen hinsichtlich der organisationsrechtlichen Ausgestaltung ihres Lotteriemonopols ein.³ Die vier verschiedenen Organisationsformen stehen dabei gleichrangig nebeneinander; eine Abstufung oder ein Vorrang einer bestimmten Organisationsform ist dem Wortlaut von § 10 Abs. 2 Satz 1 GlüStV nicht zu entnehmen. Entscheidend ist lediglich, dass ein operativer Einfluss des jeweiligen Landes auf die Erfüllung des Sicherstellungsauftrages nach gewährleistet ist.⁴

1. Verfassungsrechtliche Anforderungen: Damit entspricht die Regelung in § 10 Abs. 2 Satz 1 GlüStV dem Prinzip der Formenwahlfreiheit der öffentlichen Verwaltung.⁵ Nach diesem „fundamentalen Grundprinzip“⁶ steht es dem Staat und damit auch den einzelnen Ländern frei, welche Organisationsform für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe gewählt wird. Einschränkungen dieser Wahlfreiheit ergeben sich allein aus den Organisations- und Strukturanforderungen der Verfassung.⁷ Im Einzelnen begrenzen die Vorgaben des achten Abschnitts des Grundgesetzes, Art. 83 ff. GG, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip, die Grundrechte und (teilweise) der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG die Formenwahlfreiheit. Für die organisationsrechtliche Ausgestaltung des thüringischen Lotteriemonopols dürften aber vorrangig lediglich die Vorgaben des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips von Bedeutung sein. Das Demokratieprinzip, Art. 20 Abs. 1 und 2 GG, Art. 44 Abs. 1 Satz 2 und Art. 45 Satz 1 Thür. LV, schränkt die Formenwahlfreiheit insofern ein, als die gewählte Organisationsform ein hinreichendes Legitimationsniveau sicherstellen muss.⁸ Aus der Perspektive des Rechtsstaatsprinzips darf die Formenwahl nicht zu einer Verletzung des Gewaltenteilungsgrundsatzes⁹ oder zu einer Absenkung rechtsstaatlicher Standards¹⁰ führen.

Die derzeit für die Ausgestaltung von LOTTO Thüringen gewählte und die vom „Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes“ vorgesehene Organisationsform unterscheiden sich in verschiedenen Punkten. Bei der mit der Durchführung der Lotterie

¹ Vgl. *Hambach/Brenner*, in: *Streinz/Liesching/Hambach* (Hrsg.), *Glücks- und Gewinnspielrecht in den Medien*, 2014, § 10 Rn. 34.

² So auch *Dietlein/Postel*, in: *Dietlein/Hecker/Ruttig* (Hrsg.), *Glücksspielrecht*, 2. Aufl. 2013, § 10 Rn. 12.

³ Statt vieler *Becker*, in: *ders./Hilf/Nolte/Uwer* (Hrsg.), *Glücksspielregulierung*, 2017, § 10 Rn. 17.

⁴ Vgl. *Becker* (Fn. 3), § 10 Rn. 17.

⁵ Zum Prinzip der Formenwahlfreiheit s. nur *Mann*, *Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft*, 2002, passim, und *Ehlers*, *Verwaltung in Privatrechtsform*, 1984, passim.

⁶ *Dietlein*, *Ist der Bundesstaat kartellrechtswidrig?*, *ZfWG* 2006, 197 (199).

⁷ Hierzu und zu den folgenden Erläuterungen *Mann* (Fn. 5), S. 45 ff.; *Ehlers* (Fn. 5), S. 113 ff.

⁸ Vgl. nur *Mann* (Fn. 5), S. 55 ff.; *Ehlers* (Fn. 5), S. 124 ff.

⁹ S. hierzu *Mann* (Fn. 5), S. 68 ff.

¹⁰ Vgl. *Mann* (Fn. 5), S. 85.

beauftragten Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH handelt es sich um eine juristische Person des Privatrechts.¹¹ In ihrer Binnenorganisation setzt sich die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) aus der Geschäftsführung einerseits und der Gesellschafterversammlung andererseits zusammen. Daneben ist es möglich und gegenwärtig auch der Fall, dass der Gesellschaftsvertrag einen Aufsichtsrat als weiteres Organ vorsieht. Die GmbH zeichnet sich im Wesentlichen durch die starke Stellung der Gesellschafter aus, die von Gesetzes wegen zur Änderung des Gesellschaftsvertrages, § 53 GmbHG, sowie zur Auflösung der Gesellschaft, § 60 GmbHG, berechtigt sind. Die Geschäftsführung einer GmbH hängt damit maßgeblich von der Willensbildung der Gesellschafter ab. Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip wird bei der Wahl der privatrechtlichen Organisationsform der GmbH dadurch genüge getan, dass einerseits die Verfolgung bestimmter öffentlicher Zwecke als Zielvorgabe in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen wird und sich die öffentliche Hand andererseits die Stimmrechtsmacht in der Gesellschafterversammlung sichert.¹²

Ein vergleichbares Organisationsstatut existiert für rechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalten nicht.¹³ Charakteristisch für diese Form einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist, dass es zu ihrer Implementierung eines entsprechenden formellen Errichtungsgesetzes bedarf. In organisationsrechtlicher Perspektive zeichnet sich eine öffentlich-rechtliche Anstalt zunächst durch die Existenz eines Anstaltsträgers aus. „Als Anstaltsträger bezeichnet man denjenigen Hoheitsträger, dessen Aufgaben teilweise von der Anstalt wahrgenommen werden und dessen Wille grundsätzlich über die Anstaltsorgane zur Geltung kommt.“¹⁴ Die Binnenorganisation öffentlich-rechtlicher Anstalten orientiert sich in der Regel an den aktienrechtlichen Maßstäben. Wie in der Aktiengesellschaft kommt dabei dem Vorstand die Aufgabe der Geschäftsführung zu. Diese wird durch den Verwaltungsrat überwacht, der ein Äquivalent des Aufsichtsrates in der Aktiengesellschaft darstellt, dem jedoch weitreichendere Befugnisse zukommen können. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats wird unmittelbar durch den Träger der Anstalt bestimmt. Zusätzlich können beratende Organe vorgesehen werden (z.B. Rundfunk- oder Fernsehrat bei den Rundfunkanstalten). Diesen können jedoch keine Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden.¹⁵ Das Demokratie- wie auch das Rechtsstaatsprinzip werden zum einen dadurch gewahrt, dass die Zweckprogrammierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt schon im Errichtungsgesetz selbst oder in einer entsprechenden Satzung erfolgt.¹⁶ In dem Gesetzesentwurf sieht § 2 eine solche Zweckprogrammierung vor. Zum anderen existieren verschiedene Möglichkeiten, um das verfassungsrechtlich geforderte Maß an Einflussnahme sicherzustellen.¹⁷ Im Unterschied zur Aktiengesellschaft kann die umfängliche Geschäftsführungskompetenz des Vorstands durch eigene Entscheidungskompetenzen und Mitwirkungsbefugnisse des Verwaltungsrats zum Teil stark eingeschränkt werden.¹⁸ In dem Gesetzesentwurf zum „Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes“ lassen sich insbesondere in § 1 Abs. 7 und 8 solche Einschränkungen der Entscheidungskompetenz der Geschäftsführung finden. Durch die hier vorgesehene Möglichkeit der Handlungsanweisungen des Verwaltungsrats gegenüber dem Vorstand nach § 1 Abs. 7 Satz 2

¹¹ Zu den folgenden Grundzügen einer GmbH *Mann* (Fn. 5), S. 177 ff.

¹² Vgl. hierzu *Mann* (Fn. 5), S. 183 f., 189 ff.

¹³ Zu den hier skizzierten Grundzügen abermals *Mann* (Fn. 5), S. 106 ff.

¹⁴ *Mann* (Fn. 5), S. 110.

¹⁵ *Ehlers*, in: Schmidt-Aßmann/Dolde (Hrsg.), Beiträge zum öffentlichen Wirtschaftsrecht, 2005, S. 203 (217).

¹⁶ Vgl. *Mann* (Fn. 5), S. 118.

¹⁷ Zu den verschiedenen Möglichkeiten *Mann* (Fn. 5), S. 124 ff.

¹⁸ *Ehlers* (Fn. 15), S. 203 (218).

sowie dem Zustimmungserfordernis für Entscheidungen i.S.d. § 1 Abs. 8 Nr. 1 bis 5 ändert sich an der Reichweite der Geschäftsführungsbefugnis im Vergleich zur bisherigen Rechtslage kaum etwas. Die Anstalt des öffentlichen Rechts unterliegt im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Gesellschaften in öffentlicher Hand der umfassenden staatlichen Rechtsaufsicht.¹⁹ Im Gesetzesentwurf wird in § 1 Abs. 10 als zuständige Aufsichtsbehörde das Ministerium für Finanzen bestimmt. Damit erweisen sich die staatlichen Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten im Vergleich zur bisherigen Rechtslage als weiter.

Mit Blick auf das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip kommen danach sowohl eine privatrechtliche als auch eine öffentlich-rechtliche Organisation des monopolisierten staatlichen Lotterieangebots in Betracht. Eine „Re-Publifizierung“ von LOTTO Thüringen entsprechend dem Gesetzesentwurf ist folglich zulässig, aber nicht geboten, auch wenn die verfassungsrechtlichen Anforderungen des Demokratie- und des Rechtsstaatsprinzips in privatrechtlichen und in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen auf unterschiedliche Weise erfüllt werden. Das gilt im Übrigen auch mit Blick auf eine denkbare Beeinträchtigung von Grundrechtspositionen. Insbesondere kann nicht unter Hinweis auf die individualrechtlichen Dimensionen der Regulierungsziele des § 1 GlüStV eine staatliche Schutzpflicht angenommen werden, aus der ein Gebot zur öffentlich-rechtlichen Organisation des Lotterieangebots folgen würde. Abgesehen davon, dass nicht erkennbar ist, inwiefern die notwendige Orientierung an den Zielen des GlüStV nicht auch bereits jetzt schon gewährleistet ist, ist nicht erkennbar, inwiefern dies durch eine Änderung der Organisationsform substantiell verbessert werden könnte. Insgesamt ist es demzufolge verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, LOTTO Thüringen in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu organisieren. Umgekehrt besteht allerdings auch keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit, eine hoheitliche Organisationsform zu wählen.²⁰

2. Organisationsrechtliches Optimierungsgebot: Ein über die Organisations- und Strukturanforderungen der Verfassung hinausgehender verbindlicher Maßstab, der die Auswahlentscheidung des Landes anleitet, besteht nicht. Allerdings gilt: „Es sollte jeweils diejenige Organisations- und Rechtsform gewählt werden, deren Merkmale für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben am besten geeignet sind [...]“²¹ Freilich ist die normative Strenge und die Justiziabilität eines solchen „organisationsrechtlichen Optimierungsgebots“ begrenzt.

Den Zielen des GlüStV kann überdies sowohl in privatrechtlicher als auch in öffentlich-rechtlicher Organisationsform entsprochen werden. Dies gilt insbesondere deshalb, weil das wesentliche Mittel zur Erreichung dieser Ziele im Bereich des Lotterieangebots nach gegenwärtiger Rechtslage die Monopolisierung, also die Versperrung des Marktzugangs für Private ist. Dies wird aber vor allem dadurch erreicht, dass keine Genehmigungen an Private zum Angebot von Lottospielen vergeben werden. In welcher Form der Staat selbst dann sein Lotterieangebot organisiert, ist danach zweitrangig, soweit, wie es aber durchweg der Fall ist, angemessene Aufsichtsmechanismen bestehen.

¹⁹ Ehlers (Fn. 15), S. 203 (231). Für kommunale Unternehmen sehen alle Gemeindeordnungen nur vor, dass die Gründung einer privatrechtlich verfassten Gesellschaft sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Anteilen an einer solchen der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt oder zur Genehmigung vorgelegt werden muss, vgl. Fabry, in: ders./Augsten (Hrsg.), Unternehmen der öffentlichen Hand, 2. Aufl. 2011, S. 63 Rn. 54.

²⁰ Kritisch zur privatrechtlichen Organisationsform Becker (Fn. 3), § 10 Rn. 20.

²¹ Bull, Formenwahl, in: Geis/Lorenz (Hrsg.), FS Maurer, 2001, S. 545 (553).

Auch aus organisationsrechtlicher Perspektive besteht danach kein Vorrang einer bestimmten Organisationsform. Bestätigt wird diese Annahme durch den Befund, dass die organisationsrechtliche Ausgestaltung des Lotterieangebots in den Ländern variiert und sämtliche Organisationsformen vorzufinden sind.

3. Umsatzsteuerrechtliche Erwägungen: Als Gründe für die Zusammenführung der Aufgaben der Thüringer Lotterieverwaltung und der Aufgaben der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen in einer Anstalt des öffentlichen Rechts werden Entwicklungen im Bereich des Umsatzsteuerrechts geltend gemacht. Besteht bei Umsätzen zwischen Leistungserbringer und Leistungsempfänger eine umsatzsteuerrechtliche Organschaft nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 UStG, sind die Innenumsätze nicht Umsatzsteuerpflichtig. Bislang bildeten die Thüringer Lotterieverwaltung (als Organträger) und die Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen (als Organgesellschaft) eine umsatzsteuerrechtliche Organschaft. Umsätze waren daher nicht steuerbar.

Zwischenzeitlich haben Rechtsprechung²² und Finanzverwaltung²³ die Anforderungen an eine Organschaft verschärft, insbesondere mit Blick auf die Voraussetzungen einer „organisatorischen Eingliederung“. So ist für eine „organisatorische Eingliederung“ nunmehr die Möglichkeit zur Willensdurchsetzung entscheidend. Dass lediglich eine vom Willen des Organträgers abweichende Willensbildung bei der Organgesellschaft verhindert wird, genügt nicht mehr. In der Folge verursacht die Bildung einer umsatzsteuerrechtlichen Organschaft zur Verhinderung steuerbarer Innenumsätze einen deutlich höheren Personal- und Sachaufwand, der aus dem gestiegenen Abstimmungs- und Weisungsbedürfnis resultiert.

Eine umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der Thüringer Lotterieverwaltung (als Organträger) und der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen (als Organgesellschaft) ist vor diesem Hintergrund aus Sicht des Gesetzgebers nicht mehr sinnvoll. Steuerbare Umsätze innerhalb von LOTTO Thüringen lassen sich aber durch eine Zusammenführung der Thüringer Lotterieverwaltung und der Lotterie-Treuhandgesellschaft mbH Thüringen in einer Anstalt des öffentlichen Rechts auch zukünftig vermeiden. Hier fallen von vornherein keine Innenumsätze an, da Veranstaltung und Durchführung durch ein Unternehmen erfolgen. Die organisationsrechtliche Änderung des Aufbaus von LOTTO Thüringen ist vor diesem Hintergrund auch rechtspolitisch nachvollziehbar.

III. Schlussbemerkung: Insgesamt ist festzuhalten, dass weder das Verfassungsrecht noch ein organisationsrechtliches Optimierungsgebot für den Vorrang einer bestimmten Organisationsform streiten. Demzufolge obliegt es dem Gesetzgeber im Rahmen seiner Einschätzungsprärogative, eine Organisationsform zu wählen. Dass er sich im vorliegenden Gesetzentwurf für eine öffentlich-rechtliche Organisation entschieden hat, ist vor dem Hintergrund ihrer umsatzsteuerrechtlichen Implikationen nachvollziehbar.

Boch⁴m, 23.08.2019 /

²² BFH, Urt. v. 8.8.2013 – V R 18/13, BStBl II 2017, 543; BFH, Urt. v. 2.12.2015 – V R 15/14, BStBl II 2017, 553.

²³ BMF, 26.5.2017, III C 2-S 7105/15/10002, FMNR269000017, BStBl I 2017, 790.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

Landessportbund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THÜR. LANDTAG POST
26.08.2019 08:37

1860912019



**LANDESSPORTBUND
THÜRINGEN**

Mitten im Sport.

Landessportbund Thüringen e.V.
Haus des Thüringer Sports · Werner-Seelenbinder-Straße 1 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landessportbund Thüringen e.V.
Haus des Thüringer Sports
Werner-Seelenbinder-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361 340 54-0
Telefax: 0361 340 54-77
E-Mail: info@lsb-thueringen.de
Internet: www.thueringen-sport.de

Bankverbindung

Deutsche Kreditbank
Kontonummer: 196 887 95
Bankleitzahl: 120 300 00
IBAN: DE76 1203 0000 0019 6887 95
SWIFT BIC: BYLADEM1001

23.08.2019

Sparkasse Mittelthüringen
Kontonummer: 130 102 920
Bankleitzahl: 820 510 00
IBAN: DE44 8205 1000 0130 1029 20
SWIFT BIC: HELADEF1WEM

**Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtages zum 5. Gesetz zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 6/7401 – Neufassung**

USt-Identifikationsnummer:
DE150128481
Registergericht:
AG Erfurt, VR 160514

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die Liga der Wohlfahrtsverbände in Thüringen e.V. wurden wir über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes in Kenntnis gesetzt.

Als Destinatär der Regelungen dieses Gesetzes, für den die Zuwendungen aus den vom Land veranstalteten Lotterien eine herausragende Bedeutung für die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben haben, ist es uns ein wichtiges Anliegen, trotz Nichtaufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme, Ihnen unsere Position zur geplanten Änderung des Glücksspielgesetzes mitzuteilen:

Analog der Liga der Wohlfahrtsverbände sind auch für uns die Gründe zur Errichtung einer Thüringer Staatslotterie als Anstalt des öffentlichen Rechtes nachvollziehbar und folgerichtig.

Für den Landessportbund Thüringen, der den überwiegenden Teil der jährlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 9,56 Mio Euro aus den vom Land veranstalteten Lotterien an ca. 2.600 Sportvereine, 23 Kreis- und Stadtsportbünde sowie 46 Thüringer Sportfachverbände für deren satzungsgemäßen Aufgaben weiterleitet, ist es von höchstem Interesse, die Nachweise für die Mittelverwendung zukünftig nicht mit einem noch höheren bürokratischen und verwaltungsseitigen Aufwand erbringen zu müssen.

Dabei gilt es zu beachten, dass die deutliche Mehrheit der Zuwendungsempfänger des Landessportbundes ehrenamtlich geführt werden und nicht über hauptberufliche Mitarbeiter verfügen.

Darauf aufbauend unterstützen wir die in der Stellungnahme Ihnen mitgeteilte Position der Liga der Wohlfahrtsverbände in Thüringen e.V., dass der Landessportbund Thüringen verbindlich und auf den Prinzipien der Autonomie und Subsidiarität der Sportförderung in den Prozess der Erarbeitung weiterer Bestimmungen zum Nachweis der Mittel einbezogen werden.

Wir schließen uns dem Vorschlag der Liga der Wohlfahrtsverbände an und bitten um Änderung des § 9, Absatz , Satz 2 wie folgt:

„.... die Thüringer Staatslotterie erlässt dazu in Zusammenarbeit mit den Destinatären weitere Bestimmungen und erstellt“.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

Geschäftsführer

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)